

A m t s = B l a t t

zur Laibacher Zeitung.

Nr. 96.

Donnerstag den 12. August

1847.

Gubernial - Verlautbarungen.

3. 1370. (2)

Nr. 18120.

G u r r e n d e.

Die Ausschreibung der Erwerbsteuer pro 1848 betreffend. — Seine k. k. Majestät haben mit allerhöchstem Cabinettschreiben vom 10. April d. J. anzuordnen geruht, daß die Erwerbsteuer, so wie diese Abgabe im laufenden Jahre 1847 bestanden hat, auch für das nächste Verwaltungs-Jahr 1848 ausgeschrieben und in derselben Art eingehoben werden soll. — Diese allerhöchste Entschließung wird in Gemäßheit des hohen Hofkanzlei-Decretes vom 19. d. M., Zahl 12798, zur allgemeinen Kenntniß gebracht. — Laibach am 28. Juli 1847.

In Ermanglung eines Landesgouverneurs:

Andreas Graf v. Hohenwart,

k. k. Hofrath.

Dr. Georg Mathias Sporer,
k. k. Gubernialrath.

Stadt- u. landrechtl. Verlautbarungen.

3. 1372. (2)

Nr. 7220.

E d i c t.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht:

Man habe in der Executionsfache des Anton Panze, durch Dr. Dvřazh, gegen Dr. Lindner, Curator der unbekannten Jacob Bluth'schen Erben, wegen aus dem gerichtlichen Vergleich ddo. 12. Mai 1846, 3. 3264, noch schuldiger 25 fl. c. s. c., die executive Feilbietung der zum Jacob Bluth'schen Verlasse gehörigen, unter dem 30. Juni l. J. geschätzten Fahrnisse, als eines Pferdes, einer Kuh, eines Steierwagens, dann der Einrichtung, als Kästen, Sofa, Sessel, Bilder, eines Spiegels und einer Wand-

uhr bewilliget, und hiezu zwei Termine und zwar der 25. August und der 9. September l. J., jedesmal Vormittags von 9 bis 12, und allenfalls Nachmittags von 3 bis 6 Uhr mit dem Anhange bestimmt, daß jene Gegenstände, welche bei der 1. Feilbietungstagsatzung nicht über oder mindestens um den Schätzungswert angebracht werden sollten, bei der zweiten auch unter dem Schätzungswert hintangegeben werden würden.

Wozu die Kauflustigen eingeladen werden.
Laibach am 31. Juli 1847.

3. 1358. (3)

Nr. 6660.

E d i c t.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey von diesem Gerichte auf Ansuchen des Dr. Max Wurzbach, gegen Herrn Wenzel Joseph v. Abramsberg, in die öffentliche Versteigerung des, dem Exequirten gehörigen, auf 7798 fl. 28 kr. geschätzten landtäflichen Gutes Trillek im Adelsberger Kreise gewilliget, und hiezu drei Termine, und zwar: auf den 4. October, 8. November und 13. December 1847, jedesmal um 10 Uhr Vormittags vor diesem k. k. Stadt- und Landrechte mit dem Beisatze bestimmt worden, daß, wenn dieses Gut weder bei der ersten noch zweiten Feilbietungs-Tagsatzung um den Schätzungsbetrag oder darüber an Mann gebracht werden könnte, selbes bei der dritten auch unter dem Schätzungsbetrage hintangegeben werden würde. Wo übrigens den Kauflustigen frei steht, die dießfälligen Licitationsbedingungen, wie auch die Schätzung in der dießlandrechtlichen Registratur zu den gewöhnlichen Amtsstunden, oder bei dem Executionsführer, Dr. Max Wurzbach, einzusehen und Abschriften davon zu verlangen.

Laibach den 17. Juli 1847.

Aemtlliche Verlautbarungen.

3. 1316. (3)

Nr. 7064] VI.

K u n d m a c h u n g

der Verpachtung des Bezuges der allgemeinen Verzehrungs-Steuer und des Gemeindeguschlages in der k. k. Provinzial-Hauptstadt Laibach, dann im ganzen politischen Bezirke Umgebung Laibachs, so wie der Linien-, Weg- und Brückenmäthe u. der Wassermäthe zu Laibach. — Von der k. k. Cameral-Bezirks-Verwaltung zu Laibach wird bekannt gemacht, daß in Folge hohen Hofkammer-Decretes vom 15. Juli 1847, Nr. 28,151/1231, der Bezug der allgemeinen Verzehrungssteuer und der Gemeindeguschläge in der Provinzial-Hauptstadt Laibach, mit Ausnahme der landesfürstlichen Steuer, a) von der Biererzeugung in der Provinzial-Hauptstadt Laibach; b) von der Erzeugung des Branntweins und anderer gebrannter geistiger Flüssigkeiten in der Provinzial-Hauptstadt Laibach, und c) von den unter b) bemerkten steuerpflichtigen Artikeln bei der Einfuhr in die Provinzial-Hauptstadt Laibach, dann der Bezug der allgemeinen Verzehrungssteuer von Wein, Most und Fleisch im ganzen politischen Bezirke Umgebung Laibachs, und die Linien-, Weg- und Brückenmäthe und die Wassermäthe zu Laibach, zuerst jedes der drei genannten Objecte einzeln, und dann zusammen auf das Verwaltungsjahr 1848 und bedingnißweise auch auf die nächst darauf folgenden zwei Verwaltungsjahre 1849 und 1850, unter Vorbehalt der wechselseitigen Vertragsauflösung, welche von Seite des Aeraars bis Ende Juli, und von Seite des Pächters bis fünfzehnten Juli des Verwaltungsjahres zu erfolgen, mit Ende des Verwaltungsjahres 1850 jedoch der Vertrag auch ohne vorhergegangene Auflösung zu erlöschen hat, und sonach auch auf die drei Verwaltungsjahre 1848, 1849 u. 1850, ohne Vorbehalt der gegenseitigen Auflösung, im Wege der öffentlichen mündlichen Versteigerung und durch Annahme schriftlicher Offerte werden in Pacht ausgebaut werden. — Die Versteigerung wird am 6. September 1847, früh um 10 Uhr, im Commissions-Zimmer der k. k. Cameral-Bezirks-Verwaltung, Haus Nr. 297, am Schulplaze zu Laibach, unter nachfolgenden Bestimmungen abgehalten, und es werden, im Falle eines günstigen Erfolges, mit denjenigen die Verträge abgeschlos-

sen werden, deren Anbote sich als die vorteilhaftesten darstellen werden. — 1) Die schriftlichen, mit den gehörigen Stämpeln versehenen Offerte müssen längstens bis 6 Uhr Nachmittags, am 4. September 1847, versiegelt und mit der Bezeichnung der Pachtobjecte, für welche sie lauten, von außen versehen, im Bureau des k. k. Cameral-Bezirks-Vorstehers zu Laibach übergeben werden; sie müssen den angebotenen Betrag in Zahlen und Buchstaben deutlich ausdrücken, und sind von den Anbietern mit Vor- und Zunamen, dann Charakter und Wohnort des Ausstellers zu unterzeichnen. — Parteien, welche nicht schreiben können, haben das Offert mit ihrem Handzeichen zu unterfertigen und dasselbe nebst dem vom Namensfertiger und noch einem Zeugen unterfertigen zu lassen, deren Charakter und Wohnort ebenfalls anzugeben ist. Offerte, welche nach diesem, auf die sechste Nachmittagsstunde des 4. Septembers 1847 festgesetzten Schlußtermine und nicht vorschriftsmäßig versandt einlangen, so wie Offerte, welche wo anders, als an dem obenbezeichneten Orte überreicht werden, bleiben außer Berücksichtigung. — 2) Zur Pachtung wird Jedermann zugelassen, welcher nach den Gesetzen und der Landesverfassung hiervon nicht ausgeschlossen ist. — Für jeden Fall sind alle jene, sowohl von der Uebnahme als der Fortsetzung einer solchen Pachtung ausgeschlossen, welche wegen eines Verbrechens mit einer Strafe belegt, oder welche in eine criminalgerichtliche Untersuchung verfallen sind, die bloß aus Abgang rechtlicher Beweise aufgehoben wurde. Uebrigens sind auch diejenigen Individuen, welche zufolge des neuen Strafgesetzes über Gefälsübertretungen wegen Schleichhandel oder einer schweren Gefälsübertretung in Untersuchung gezogen und abgestraft, oder wegen solcher Vergehen in Untersuchung gezogen, und wegen des Abganges rechtlicher Beweise von dem Strafverfahren losgezählt wurden, durch sechs, auf den Zeitpunkt der Uebertretung, oder wenn derselbe nicht bekannt ist, der Entdeckung derselben folgende Jahre von der Verpachtung = Picitation als Pachtungswerber ausgeschlossen. — 3) Wer im Namen eines Andern einen Anbot macht, muß sich mit der gehörig legalisirten Vollmacht seines Machtgebers bei der Commission vor der Picitation ausweisen und diese ihr übergeben. — 4) Um sich zu versichern, daß nur verlässliche Unternehmer in die Concurrenz treten, muß jeder Versteigerungslustige den zehnten Theil

des für ein Jahr entfallenden Ausrufspreises für den Bezug der Verzehrungssteuer und der Zuschläge in der Stadt Laibach, dann im politischen Bezirke Umgebung Laibachs und bezüglich der Linien-, Weg- u. Brückenmäute, dann der Wassermäute in Laibach den sechsten Theil des Ausrufspreises, bevor er zur Versteigerung zugelassen wird, der Commission als Badium erlegen, oder sich bei derselben ausweisen, daß er diesen Betrag bei einer der hohen k. k. steyermärkisch-illyr. Cameral- Gefällen- Verwaltung unterstehenden Gefällscaffe depositirt hat. Dieser Erlag muß im Baren oder in k. k. Staatspapieren nach dem leztbekannten börsenmäßigen Kurse geschehen. Für die Linien-, Weg- und Brückenmäute und die Wassermäute in Laibach kann das Badium auch mittelst Hypothek- Sicherstellung unter Beibringung des Grundbuchs- oder Landtafel- Extractes, und des Schätzungsbactes geleistet werden; die bezügliche Urkunde muß jedoch mit der Bestätigung ihrer Annehmbarkeit von Seite der k. k. Kammerprocuratur zu Graz oder Laibach versehen seyn. — 5) Auf gleiche Art und Weise sind auch die schriftlichen Offerte zu belegen. Auf Offerte ohne beigeschlossene Badien oder Erlagscheine des bei einer, der hohen Cameral- Gefällen- Verwaltung unterstehenden Gefällscaffe deponirten Badiumbetrages wird keine Rücksicht genommen. — 6) Nach beendeteter Versteigerung wird der vom Meistbieter erlegte Betrag zurückgehalten, den übrigen Offerten werden ihre Badien zurückgestellt werden, in soferne es die Cameral- Bezirks- Verwaltung nach den obwaltenden Umständen nicht angemessen finden sollte, auch noch das Badium des einen oder des andern Anbieters bis zur Entscheidung der hohen k. k. allgemeinen Hofkammer zurückzubehalten. — 7) Die schriftlichen Offerte dürfen keine Klausel, welche mit den Licitationsbedingungen nicht im Einklange steht, enthalten, sondern müssen vielmehr mit der Versicherung versehen seyn, daß der Offertent die in der Ankündigung und in den Licitationsbedingungen enthaltenen und bei der mündlichen Licitation vorgelesenen, in das Licitationsprotocoll aufgenommenen Bestimmungen befolgen werde. — 8) Dieselben werden nach Beendigung der mündlichen Versteigerung, nachdem alle anwesenden Licitanten erklärt haben, keinen weiteren Anbot machen zu wollen, in Gegenwart der Pachtlustigen eröffnet und mit den mündlich gemachten Anboten verglichen werden. — 9) Als Ersther der Pachtung

wird dann, ohne eine weitere Steigerung zuzulassen, derjenige angesehen, der entweder bei der mündlichen Versteigerung, oder nach dem ordnungsmäßigen schriftlichen Anbote als der Bestbieter erscheint, so fern dieser Bestbot den Ausrufspreis erreicht, überschreitet, oder an und für sich zur Annahme und zum Abschlusse des Pachtvertrages von der hohen k. k. Hofkammer geeignet anerkannt wird, deren Genehmigung sich ausdrücklich hiermit vorbehalten wird. Der Offertent, bleibt für den gemachten Anbot mit Verzichtleistung auf den §. 862 des allg. b. G. B. bis zu der ihm bekannt gegebenen Entscheidung der hohen k. k. allgemeinen Hofkammer verbindlich. — 10) Sollten zwei oder mehrere schriftliche Submissionen einen gleichen und zwar gegen den Ausschlag der mündlichen Licitation den für das Gefäll am vortheilhaftesten sich darstellenden Anbot enthalten, so wird die Wahl zwischen den zwei oder mehreren schriftlichen Anboten der hohen k. k. allgemeinen Hofkammer vorbehalten. — Wenn sich der Fall ereignen sollte, daß ein Anbot in den schriftlichen Offerten mit einem gleichen Anbote bei der mündlichen Licitation zusammentrifft, so wird den Licitanten bei der mündlichen Versteigerung der Vorzug vor dem Offertenten im schriftlichen Wege eingeräumt werden. — 11) Die schriftlichen Offerte sind von dem Zeitpuncte der Einreichung für die Offertenten, deren Badien zurückgehalten werden, für die Gefällsbehörde aber erst vom Tage, an welchem die Annahme desselben dem Anbietenden bekannt gemacht worden ist, verbindlich. — 12) Würde die Zustellung der Erledigung wegen Abwesenheit des Erstheren und wegen Abgang eines Bevollmächtigten nicht geschehen können, oder sonst die Gefällsbehörde die persönliche Zustellung nicht angemessen finden, so soll die Ueberreichung der Erledigung bei dem hierortigen politischen Magistrate zur weitem Verständigung der Partei die Wirkung der persönlichen Zustellung vertreten. — 13) Für den Fall, als mehrere Individuen eine Pachtung in Gesellschaft erstehen sollten, sind dieselben gehalten, nebst der Erklärung ihrer solidarischen Haftung, ein einzelnes Individuum dahin zu bevollmächtigen, daß es berechtigt seyn soll, sie in allen auf die Pachtung Bezug habenden, wie immer genannten Beziehungen gegen die Behörden zu vertreten, sonach amtliche Zustellungen in ihrem Namen anzunehmen, rechtsgiltig aufzukünden und die allfällige Aufkündigung anzunehmen, und überhaupt Alles rechts-

bindend für Alle zu thun und zu lassen, was in Folge des Pachtverhältnisses gegen die Gefällsbörden von seiner Seite gethan oder gelassen, oder von Seite der Behörden von ihm verlangt, oder ihm untersagt werden sollte. — Wenn mehrere Personen gemeinschaftlich ein schriftliches Offert ausstellen, so haben sie in dem Offerte beizusetzen, daß sie sich als Mitschuldner zur ungetheilten Hand, nämlich Einer für Alle und Alle für Einen, dem Gefällsarar zur Erfüllung der Pachtbedingung verbinden. Zugleich müssen sie in dem Offerte jenen Mitofferenten namhaft machen, an welchen auch allein die Uebergabe des Pachtobjectes geschehen kann. — Die übrigen Bedingungen sind folgende: A. Hinsichtlich des Bezuges der Verzehrungssteuer und der Gemeindezuschläge in der k. k. Provinzial-Hauptstadt Laibach, und bezüglich der Verzehrungssteuer-Bezuges von Wein, Most und Fleisch im politischen Bezirke Umgebung Laibachs: — 1) Für den Bezug der Verzehrungssteuer und der Gemeindezuschläge in der Provinzial-Hauptstadt Laibach wird der Betrag jährlicher 124,011 fl. 45 kr., sage: Einmalhundert vier und zwanzig tausend eilf Gulden 45 kr. C. M., von welchen 48000 fl. C. M. auf den Gemeindefuschlag entfallen, und für den Verzehrungssteuer-Bezug im ganzen politischen Bezirke Umgebung Laibachs der Betrag jährlicher 27,300 fl. M. M., sage: sieben und zwanzig tausend drei hundert Gulden M. M., als Ausrufspreis festgesetzt. — 2) Dem Pächter wird von der Staatsverwaltung das Recht eingeräumt und rücksichtlich die Pflicht auferlegt, während der Pachtdauer im Bereiche des Pomeriums der Provinzial-Hauptstadt Laibach von den gepachteten Objecten die allgemeine Verzehrungssteuer nebst allen zur Bedeckung der Gemeindebedürfnisse dieser Stadt bewilligten Zuschlägen nach dem mit dem illyr. Subernial-Circulare ddo. 27. October 1838, Z. 25,892, bekannt gegebenen Tariffe einzuhoben. Von dieser Verpachtung wird jedoch ausgenommen der Bezug der landesfürstlichen Verzehrungssteuer, und zwar: a) von der Biererzeugung in der Provinzial-Hauptstadt Laibach; b) von der Erzeugung des Branntweins und anderer gebrannter geistiger Flüssigkeiten in der Provinzial-Hauptstadt Laibach und c) von den unter b) bemerkten steuerpflichtigen Artikeln bei der Einfuhr in die Stadt Laibach. — 3) In Gemäßheit des Verzehrungssteuer-Gesetzes sind Durchzugsladungen von dem Er-

lage der Verzehrungssteuer frei, wenn sie von einem Bestellten des Linienamtes bis zum Austritte begleitet werden, und eben so werden Transito-Ladungen ohne Entrichtung der Verzehrungssteuer zugelassen, wenn sie unter der Sperre der Gefällsverwaltung und rücksichtlich der Pachtgesellschaft bleiben. — 4) Wird in Folge Anordnung der hohen k. k. allgemeinen Hofkammer vom 19. August 1835, Z. 36,308, in Betreff der Erhebung der Verzehrungssteuer von Brotsfrüchten festgesetzt, daß die Gebühren, wie es die mit dem illyr. Subernial-Circulare vom 19. November 1831, Z. 25,540, kundgemachte gesetzliche Bestimmung enthält, bei den Mühlen abzufordern seyn werden. — 5) Wird der Pächter verpflichtet, die im obigen Tariffe vom 27. October 1838, Z. 25,892, vorgezeichnete Zuschlagsgebühr für das in der Provinzial-Hauptstadt Laibach erzeugte, und auf das Land ausgeführte Bier den Parteien zu vergüten. — 6) Vor dem Antritte der Pachtung, und zwar längstens binnen 8 Tagen, vom Tage der dem Pächter amtlich eröffneten Annahme seines Angebotes gerechnet, hat der Pächter den vierten Theil des contrahirten Pachtschillings als Caution im Baren oder in österreichischen Staatsobligationen, nach dem zur Zeit des Erlages bestehenden börsenmäßigen Curswerthe, zu erlegen oder auf Realitäten gesetzlich sicherzustellen, folglich die auf die verpfändeten Realitäten intabulirte Sicherheitsurkunde, mit Nachweisung der geleisteten gesetzlichen Sicherheit einzulegen, daher, wenn die Caution im Baren geleistet wird, der als Badium bereits erlegte Betrag eingerechnet, oder im Falle der Versicherung der ganzen Caution mittelst einer Realhypothek zurückgestellt werden wird. Sollte dieß nicht erfolgen, so steht es der Cameral-Bezirksverwaltung frei, das erhaltene Badium, als dem Staatsschatze verfallen, einzuziehen, und auf Gefahr und Kosten des Contrahenten eine neuerliche Verpachtung oder die tariffmäßige Einhebung einzuleiten, und den hiernach auf dem einen oder dem andern Wege in Entgegnhaltung zu dem gemachten Offerte sich ergebenden Minderbetrag wider ihn zur vollen Genugthuung des Arars, und zwar ohne Einrechnung des besonders verfallenen Badiums, geltend zu machen, wogegen ein etwa sich ergebendes günstigeres Resultat der Pachtversteigerung oder der tariffmäßigen Einhebung nur dem Gefälle zum Vortheile gereichen soll. Mit dem Beginne der Pachtungsp-

riode wird der Pächter in das Pachtgeschäft eingesetzt, und es werden ihm die hierauf Bezug nehmenden Vorschriften übergeben werden.

— 7) So wie der Pächter in alle Rechte und Verpflichtungen der hohen Cameral-Gefällen-Verwaltung und der Stadtgemeinde Laibach, mit Ausnahme der im § 22 des illyr. Suber-nial-Circulars vom 26. Juni 1829, 3. 1371, angedeuteten zwei Punkte und mit Rücksicht auf den im Anhange des Circulars zu jenem Patente bemerkten Vorbehalt eintritt, so hat er sich auch genau nach den in jener Circular-Verordnung enthaltenen Vorschriften zu benehmen, und allen sowohl seither ergangenen, als den während der Dauer des Pachtvertrages in Gefällssachen ergehenden Anordnungen Folge zu leisten. — 8) Wenn der Pächter bei der Einhebung der Gebühr einen höhern Betrag, als die Tariffe aussprechen, oder überhaupt einen Betrag ungebührlich einhebt, hat derselbe nicht nur jenen Betrag, welchen er über den Tariffsatz, sondern auch jenen Betrag, welchen er überhaupt von den Parteien ungebührlich eingehoben hat, denselben rückzuvergüten, überdies auch den 20fachen Betrag dessen, was er widerrechtlich eingehoben hat, nach Abzug der Untersuchungskosten, oder eines etwa sonst aus-zuzahlenden Antheils an den Local-Armenfond des Ortes, wo die Uebertretung geschah, ab-zuführen. Er haftet in diesem Falle, so wie überhaupt für das Benehmen der zur Handha-bung seiner Pachtungsrechte bestellten Perso-nen. — 9) Dem Pächter ist unbenommen, seine Pachtung ganz oder theilweise an Unter-pächter zu überlassen; allein diese werden von den Gefällsbehörden bloß als Agenten des Hauptpächters angesehen, welcher demungeach-tet für alle Punkte des Pachtvertrages in der Haftung und dem Gefälle verantwortlich bleibt. — 10) Für den Aukrufspreis wird von Seite der k. k. Cameral-Gefällenverwaltung keine wie immer geartete Haftung, also auch nicht im Falle einer behaupteten Verletzung über die Hälfte, übernommen. Ein während der Dauer der Pachtung eintretender zufälliger Umstand, welcher eine Vermehrung oder Verminderung der Verzehrung zur Folge hat, soll an den Bestimmungen des Pachtvertrages nicht die min-deste Veränderung hervorbringen können. Nur in dem Falle, wenn während der Dauer des Pacht-vertrages in den Tariffätzen oder in den sonstigen wesentlichen Bestimmungen der Verzehrungs-steuer eine wesentliche Veränderung hervorgeht, bleibt es jedem Theile, insoferne ein wechselsei-

seitiges Uebereinkommen mit dem Pächter we-gen Aufrechthaltung des Vertrages, gegen Zu-gestehung einer billigen Entschädigung nicht zu Stande kommen sollte, welches sich ausdrück-lich vorbehalten wird, frei gestellt, wenigstens drei Monate vor Eintritt der gesetzlichen Ren-derung den Pachtcontract aufzukündigen. Diese Vertragsauflösung ist von Seite des Päch-ters, wenn sie beachtet werden soll, bei der Laibacher Bezirksverwaltung in der festgesetz-ten Frist einzubringen. — 11) Der Pächter ist verpflichtet, den bedungenen Pachtschilling in gleichen monatlichen Raten am letzten Tage eines jeden Monats, und wenn jener Tag ein Sonn- oder Feiertag wäre, am vorausgehenden Werktag an die k. k. Cameral-Bezirks-casse in Laibach abzuführen. — 12) Wenn der Pächter mit einer Pachtschillingsrate im Rück-stande bleibt, so laufen von dem Verfallstage an bis zur Tilgung der rückständigen Pacht-rate die 4 % Verzugszinsen, welche sich aus-drücklich bedungen werden. Der k. k. Came-ral-Bezirksverwaltung soll übrigens das Recht zustehen, den Ausstand ohne weiteres von dem säumenden Pächter entweder im gerichtlichen Executionsweg, oder auch im politischen Wege einzubringen, oder aber die weitere Einhebung des Gefälls durch einen im administrativen We-ge zu bestellenden Sequester einzuleiten, oder auf Gefahr und Kosten des säumenden Päch-ters das Pachtobject neuerdings feilzubieten; falls aber die Pachtversteigerung fruchtlos blie-be, die tariffmäßige Einhebung der Gebühr einzuleiten, und sich rückfichtlich der Kosten, so wie der allfälligen Differenz, an der Cau-tion, und im Nothfalle an dem übrigen Ver-mögen des contractbrüchigen Pächters schad-loß zu halten. Ein allenfalls sich ergebendes günstigeres Resultat der Feilbietung oder tä-riffmäßigen Einhebung soll aber nur dem Ge-fälle zum Vortheile gereichen. Dieselben Rech-te sollen dem Gefälle auch dann zustehen, wenn der Ersther den Antritt der Pachtung verwei-gern, oder vor oder während der Pachtung es sich offenbaren würde, daß dem Pächter ein in dieser Kundmachung bezeichnetes Hinderniß zur Uebnahme oder Fortsetzung der Pachtung ent-gegenstehe. — 13) Für den Fall, als der Pächter die vertragmäßigen Bedingungen nicht genau erfüllen sollte, steht es den mit der Sor-ge für die Erfüllung des Vertrages beauftrag-ten Behörden frei, alle jene Maßregeln zu er-greifen, die zur unaufgehaltenen Erfüllung des Vertrages führen, wogegen aber auch dem

Pächter der Rechtsweg für alle Ansprüche, die er aus dem Vertrage machen zu können glaubt, offen stehen soll. — 14) In Absicht auf die Vorräthe, welche mit dem Schlusse der Gefällspachtung an Wein, Weinmost und Maische, im Bereiche des Pomerio der Stadt Laibach vorhanden seyn werden, wird bestimmt, daß der Pächter die Vergütung der entfallenden Gebühren, und zwar nach den obenbezeichneten Tariffen zu leisten habe. Zu diesem Behufe werden sowohl mit dem Antritte der mit dem 1. November 1847 zu beginnen habenden Pachtung, als auch am Schlusse derselben gefällsamtliche Revisionen, mit Beziehung des Pächters oder eines von demselben mit legaler Vollmacht versehenen Abgeordneten und einer obrigkeitlichen Person, vorgenommen, und hierbei sämtliche im Bereiche des Pomeriums der Stadt Laibach vorhandenen Vorräthe an den gedachten Gegenständen mittelst eines eigenen Protocolls erhoben werden, wornach in Betreff der an diesen Gegenständen vorgefundenen Vorräthe, und bezüglich der davon abfallenden Gebühren, insofern zwischen denselben eine Differenz sich zeigen wird, die Vergütung derselben, und zwar wie bemerkt, nach den oben bezeichneten Tariffen, entweder von dem austretenden Pächter an das Gefäll, oder von dem Aerar an den Pächter einzutreten haben wird. — Bezüglich der Vorräthe im Bezirke der Umgebung Laibach's wird dem eintretenden Pächter das Recht eingeräumt, die Vergütung der tariffmäßigen Gebühr und des allfälligen Gemeindezuschlages für die beim Anfange seines Pactes vorhandenen tariffmäßig versteuerten Vorräthe auf die nämliche Art von dem vorigen Pächter zu fordern, wie dieser nach den Bedingungen des mit ihm bestandenen Pachtvertrages hiezu verpflichtet ist. — Von den, dem Pächter tariffmäßig versteuerten Vorräthen an den Artikeln des ihm verpachteten Verzehrungssteuer-Bezuges, welche am Ende des Pachtvertrages bei den steuerpflichtigen Parteien vorhanden sind, ohne erweislich in das Eigenthum der Abnehmer übergegangen zu seyn, diese Vorräthe mögen in wie immer gearzteten Aufbewahrungs-Localitäten der Steuerpflichtigen, oder auch in fremden Localitäten vorgefunden werden, so wie auch von den steuerbaren Vorräthen des Pächters selbst, wenn er nämlich ein Gewerbe treibt, das zu jenen gehört, wovon er den Verzehrungssteuer-Bezug gepachtet hat, hat derselbe bei seinem Austritte die tariffmäßig entfallende

Steuergebühr, sammt dem allenfalls eingeführten Gemeindezuschlag entweder dem Aerar oder dem neu eintretenden Pächter, falls das Aerar diesem die Steuervergütung cediren sollte, zu vergüten. Die Angabe von Seite der Steuerpflichtigen, oder des austretenden Pächters, daß die in den, den Steuerpflichtigen eigenthümlichen, oder von ihnen gemietheten Localitäten vorhandenen steuerpflichtigen Vorräthe bereits das Eigenthum eines Abnehmers wären, muß von dem austretenden Pächter bewiesen werden. — Diese Vergütung bezieht sich auch auf solche Vorräthe der oberwähnten Art, von welchen erst nachträglich erhoben wird, daß sie beim Ausgang des Pactes bereits bei den steuerpflichtigen Parteien vorhanden waren. Von jenen Vorräthen aber, die ein Eigenthum der Steuerpflichtigen sind, welche sich mit dem austretenden Pächter, wenn auch erst in der letzten Zeit, abgefunden haben, sind die abgefundenen Parteien, wenn keine neue Abfindung von ihnen geschlossen wird, selbst verpflichtet, die tariffmäßigen Gebühren sammt dem bestehenden Gemeindezuschlage an das Aerar oder den an dessen Stelle tretenden Bezugsberechtigten zu entrichten. — Die Erhebung der erwähnten, am Ende des Pachtvertrages vorhandenen Vorräthe an den dem Pächter tariffmäßig versteuerten Artikeln, wenn nämlich eine solche wegen des Unterbleibens eines Uebereinkommens zwischen den aus- und eintretenden Pächtern oder dem Aerar nöthig würde, wird durch die k. k. Cameral-Bezirks-Verwaltung in Laibach mittelst eines von ihr abzuordnenden Gefällsbeamten, unter Beziehung eines Abgeordneten der Ortsobrigkeit, geschehen. — Zu dieser Erhebung werden der austretende und der allenfalls eintretende Pächter vorgeladen werden. — Sollte den Pächtern oder deren Nachhabern wegen Abwesenheit oder aus einem andern Grunde die Vorladung nicht zugestellt werden können, so genügt das einmalige Einschalten der Vorladung in die Provinzialzeitung. — Das Nichterscheinen der Vorgeladenen schadet jedoch der Giltigkeit des Erhebungsactes nicht. Der den Contract abschließende Pächter verpflichtet sich ausdrücklich, den auf diese Art zu Stande gekommenen Erhebungsact über die am Ende seines Pactes vorfindigen, ihm tariffmäßig versteuerten Vorräthe als vollkommen beweiskräftig anzuerkennen, und nach deren Resultate die ihm obliegende Steuervergütung dem Aerar oder den an dessen Stelle tretenden Bezugsberechtigten

gen Feststellung der nähern, die Pflastermauth berührenden Bedingungen mit dem politisch-öconomischen Magistrate der Provinzial-Hauptstadt Laibach, ohne Einfluß der Gefällsbehörde, einen abgesonderten Vertrag abzuschließen. — Nach Abschluß der Licitation finden keine nachträglichen Angebote Statt, und die etwa vorkommenden werden ohne Weiterem zurückgewiesen werden. — Dem Pächtersteher liegt endlich der Erlag der gesetzlichen Stempelgebühr für das in Händen der Gefällsbehörden zu bleiben habende Contractsexemplar ob. — K. K. Cameral-Bezirks-Verwaltung. — Laibach am 31. Juli 1847.

3. 1366. (3) Nr. 7120jXVI.

E d i c t.

Vom dem Verwaltungsamte der Staatsherrschaft Adelsberg wird hiemit bekannt gemacht, daß in Folge Bewilligung der löblichen k. k. Cameral-Bezirks-Verwaltung Laibach vom 16. August d. J. Vormittags von 9 bis 12 Uhr in der Amtskanzlei der Staatsherrschaft Adelsberg die Minuendo-Licitation über die Beistellung, nämlich: Erzeugung, Zufuhr, Zersägung, Spaltung und Aufschlichtung von beiläufig 377 nied. österr. Klaftern harten Brennholzes aus der herrschaftlichen Waldung Savornig für das Militär-Jahr 1848, d. i. vom 1. November 1847 bis hin 1848, Statt finden werde. Hiezu werden die Unternehmungslustigen mit dem Beisatze eingeladen, daß der Ausrufspreis auf 3 fl. 10 kr. pr. Klafter festgesetzt sey, und die Holzeinlieferung in der Art zu geschehen haben werde, daß in den Wintermonaten stets ein Vorrath von 30 Klaftern, und in den Sommermonaten jener von 22 Klaftern im Schloßhose vorhanden sey. — Die übrigen Bedingungen stehen täglich während den Amtsstunden zu Jedermanns Einsicht bereit. — K. K. Verwaltungsamt Adelsberg am 29. Juli 1847.

Vermischte Verlautbarungen.

3. 1344. (3) Nr. 1723.

E d i c t.

Vom Bez. Gerichte Schneeberg wird den unbekannt wo befindlichen Anton Poulin und Martin Struckel, oder ihren gleichfalls unbekannten Erben, durch gegenwärtiges Edict bekannt gemacht: Es habe wider sie Herr Franz Persche von Altenmarkt, die Klage auf Verjähr- und Erlöschenerklärung ihrer auf der, der löblichen Herrschaft Radlischeg sub Urb. Nr. 254, Rect. 468 dienstbaren, vom Andreas Rudof erstandenem früher dem Jacob Pirman von Struckeldorf, gehörigen 1/2 Stel Hube haftenden Rechte und Ansprüche,

und zwar: aus dem zu Gunsten des Anton Poulin, seit 14. November 1777, ob 22 fl. nebst Interessen intabulirten Schuldbrief vom 14. November 1777, und aus dem zu Gunsten des Martin Struckel seit 12. April 1783, ob 25 fl. 3 kr. intabulirten Schuldbrief vom 12. April 1783 angebracht, worüber die Tagssagung zur Verhandlung auf den 4. October 1847 früh 9 Uhr vor diesem Gerichte angeordnet worden ist.

Das Gericht, dem der Aufenthaltsort der Beklagten oder deren Erben unbekannt ist, hat, da sie vielleicht aus den k. k. Erblanden abwesend seyn dürften, auf ihre Gefahr und Kosten den Herrn Johann Perz von Schneeberg zu ihrem Curator aufgestellt, mit welchem diese Rechtsache nach der für die k. k. Erblande bestimmten Gerichtsordnung ausgeführt und entschieden werden wird.

Dieselben werden also durch dieses öffentliche Edict zu dem Ende erinnert, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder dem bestimmten Vertreter ihre Rechtsbehelfe an die Hand zu geben, oder auch selbst einen andern Vertreter zu bestellen und diesem Gerichte namhaft zu machen, und überhaupt in alle die ordnungsmäßigen rechtlichen Wege einzuschreiten wissen mögen, die sie zu ihrer Verttheidigung dienlich erachten würden, widrigens sie sich die aus ihrer Verabjäumung entstehenden rechtlichen Folgen selbst beizumessen haben werden.

Bez. Gericht Schneeberg am 30. Juni 1847.

3. 1343. (3) Nr. 1963.

E d i c t.

Vom Bezirksamte der Herrschaft Wippach wird kund gemacht: Es sey über Ansuchen des Executionsführers Jacob Habe, Vormund des mj. Joseph Poschenu von Schwarzenberg, die mit Bescheide vom 12. November 1846, Z. 4573, auf den 26. April l. J. bestimmte dritte executive Versteigerung der, dem Anton Petritz von Dolleine gehörigen, auf 56 fl. 5 kr. geschätzten Fahrnisse, und dessen auf 1010 fl. bewertheten 1/2 Hube sub Urb. Nr. 19, Rect. Nr. 3, dem Gute Leutenburg dienstbaren, auf den 23. August l. J. Vormittags 9 — 12 Uhr in loco Dolleine mit dem Beisatze übertragen worden, daß die Versteigerungsobjecte bei dieser Tagssagung auch unter der Schätzung hintangegeben werden.

Das Schätzungsprotocoll, der Grundbuchsextract und die Licitationsbedingnisse erliegen hieramts zur Einsicht.

Bez. Gericht Wippach am 26. April 1847.

3. 1340. (3) Nr. 1824.

E d i c t.

Alle Jene, welche an den Nachlaß des am 3. März l. J. ab intestato verstorbenen Hofstättlers Lorenz Mochar, von Rethje Nr. 3, aus welcher immer für einem Rechtsgrunde einen Anspruch zu machen vermögen, haben denselben bei der auf den 25. August l. J. früh um 9 Uhr angeordneten Liquidationstagssagung, bei Vermeidung der Folgen des §. 814 b. G. B., anzumelden und rechtsgeltend darzuthun.

K. K. Bez. Gericht Reifnitz den 18. Juni 1847.

Gubernial - Verlautbarungen.

3. 1371. (2)

Nr. 18224.

G u r r e n d e

des kais. königl. illyrischen Guberniums über verliehene Privilegien. — Zu Folge eingelangten hohen Hofkanzlei-Decretes vom 14. I. M., Zahl 22090, hat die k. k. allgemeine Hofkammer am 11. Juni l. J. im Sinne und nach den Bestimmungen des allerhöchsten Patentes vom 31. März 1832 die nachfolgenden Privilegien zu verleihen befunden: 1) Dem Georg Paif, Stadt-Zimmermeister und Hausbesitzer, wohnhaft in Laibach, Vorstadt Tirnau, Nr. 18, für die Dauer von fünf Jahren, auf die Erfindung, jede gewöhnliche hölzerne Saugpumpe auf eine sehr einfache Art mit geringen Kosten in eine Saug- und Druckpumpe mit einfachem oder doppeltem Drucke zu verwandeln, so wie neue Saug- und Druckpumpen zu verfertigen, welche in den meisten Fällen nicht mehr kosten, als die gewöhnlichen Saugpumpen, mit doppeltem Drucke versehen, aber immer billiger zu stehen kommen, als letztere, und welche, wie die gewöhnlichen Saug- und Druckpumpen, bloß zum Wasserschöpfen oder auch zum Leiten und Heben des Wassers nach allen Richtungen und Höhen eines Gartens oder Hauses bis auf den Dachboden mittelst angelegter Röhrenleitungen, und wenn die Röhren hinreichend mit Eisen versehen oder aus Gußeisen sind, im Nothfalle selbst als Feuersprizen verwendet werden können. — 2) Dem J. M. Schmitt's sel. Erben und Compagnie, Eigenthümer der k. k. privil. Neugebeiner Landesfabrik, wohnhaft in der Fabriks-Niederlage in Wien, Stadt, Nr. 646, für die Dauer von einem Jahre, auf die Entdeckung einer neuen Art des Färbens von Tüchern und Stoffen, wodurch auf eine einfache, öconomische und rasche Weise eine außerordentliche Mannigfaltigkeit der Muster, Lebhaftigkeit und Schönheit der Farben und der Vortheil erzielt werde, daß die Tücher und Stoffe in Farben und Muster auf beiden Seiten gleich sind. — 3) Dem Math. Burger, Privilegiumsbefitzer, wohnhaft in Wien, Leopoldstadt, Nr. 664, für die Dauer von fünf Jahren, auf die Erfindung und Verbesserung in der Bereitung der Del-Cement-Farb- und der Del-Cement-Mörtel-Masse, dann des elastischen Grundes für Stoffe, welche mit der Del-Cement-Farbe wasserdicht angestrichen werden sollen. — 4) Dem Adolph Zsigmondy, Doctor der Medicin und Chirurgie und Secundar-Arzt im k. k. allgemeinen Kran-

kenhause, wohnhaft in Wien, für die Dauer von einem Jahre, auf die Erfindung: 1. die Gutta Percha derart zu verarbeiten, um aus dem reinen, gefärbten oder mit anderen Zuthaten vermengten Stoffe a) beliebig dicke, runde, platte oder eckige Fäden und Stränge, ferner solide und hohle Cylinder zu erzeugen, und jene wieder theils für sich, theils mit anderen Fäden verwebt, dann mit Lederriemen, Rohr, Stroh und anderen Zuthaten versflochten, mit Berg und Spagat gedreht, zu elastischen Bändern, Hosenträgern und anderen elastischen, so wie zu wasserdichten Geweben, gefärbten Stoffen, zu Sieben, Hüten, Mützen, Körben, Peitschen, Reitgerten, Sessel- und anderen Geflechten, endlich zu Stricken und anderen Seilerarbeiten weiter zu verarbeiten; b) Platten von beliebiger Farbe, Größe und Dicke, bis zur Feinheit des dünnsten Goldschlägerhäutchens zu erzeugen, und diese wieder theils an und für sich, theils mit anderen Geweben, mit Leder, Pappendeckel und Papier vereinigt, zu Bücherumschlägen, Cigarren-Etui's, Brieftaschen, Futteralen und anderen Leder-Galanterie-Arbeiten, zu wasserdichten Stoffen, wasserdichten Mänteln und anderen Kleidungsstücken, zu Luftpölkern, Luftmatrassen, zu Ueberzügen von Wägen, Koffern, Hutschachteln, Reisetaschen, Bett-säcken und anderen Reisegegenständen, zu Treibriemen, Klappen, Schläuchen und anderen Maschinen-Bestandtheilen, zu verarbeiten, und c) Knöpfe, Hefte zu Instrumenten, Stöcke, Griffe aller Art, Spiegel- und Bilderrahmen, Abziehriemen, architektonische Verzierungen, Zintenfassern, Flaschen und andere Gefäße, Statuen, Kinderspiel- und Galanterie-Waren aller Art zu erzeugen; dann 2. die Gutta Percha aufzulösen und die Lösung zur Erzeugung von wasserdichten Geweben, dann als Kitt und Kleister, zum Formen und Bedrucken weiter zu verwenden. — 5) Dem Andreas F. Buschann, bürgl. Drechslermeister und Mechaniker, wohnhaft in Graz, in der Stadt, Nr. 251, für die Dauer von Einem Jahre, auf die Erfindung und Verbesserung in der Erzeugung einer Tonveränderungs-Druckmaschine, welche bei allen Gattungen musikalischer Metall-Blas-Instrumente angewendet werden könne, welche sammt ihren Stimmbögen, deren mehr als die gewöhnlichen drei seyn können, für sich eine eigene Maschine nach verschiedenen Dimensionen bilde, und an jedem alten oder neuen Metall-Blas-Instrumente sogleich befestigt und weggenommen werden könne, welche ferner sammt ihren Stimmzügen im Vergleiche zu den schon bestehenden Maschinen im Gewichte um

die Hälfte geringer, und welche endlich wegen der größeren Lusthäftigkeit sehr leicht zum Blasen sey, keiner Reparatur unterliege, und wobei die sehr einfachen Druckhebeln viel leichter als die bisherigen gespielt werden und nie mehr stecken bleiben können, folglich die Tonwechselung sicherer und schneller geschehen könne, und die Töne viel vollkommener seyen. — 6) Dem Louis von Drth, wohnhaft in Wien, Leopoldstadt, Nr. 386, für die Dauer von einem Jahre, auf die Erfindung und Verbesserung in der Construction und Einmauerung von Dampfkesseln. — 7) Dem Ferdinand Dolainski, bürgerl. Kupferschmid, wohnhaft in Wien, Schaumburgergrund, Nr. 67, für die Dauer von drei Jahren, auf die Verbesserung der Dampf-Bierbrau-Apparate, welche im Wesentlichen darin bestehe, daß die zu erwärmende Flüssigkeit in dem Erwärmungs-Cylinder auf eine solche Art circulire, daß dadurch das Anlegen des Eiweißstoffes und das Anbrennen des Bieres verhindert werde, daß ferner das Reinigen des erwähnten Erwärmers von selbst, ohne ihn auseinander zu nehmen, geschehe, daß nebst Ersparung an Mühe, Holz und Zeit ein gleichförmigeres und besseres Product erzeugt werde, und daß endlich die Ausströmung der Flüssigkeit in die Maisch-Reservoirs durch eine, ein Kreuz bildende Platte geschehe, wodurch die Erwärmung schneller und regelmäßiger bewirkt und die Manipulation erleichtert werde. — 8) Dem Moriz Morgenbesser, Ingenieur, wohnhaft in Wien, Wieden, Nr. 323, für die Dauer von fünf Jahren, auf die Erfindung einer variablen Expansions- und Schubwechsel-Vorrichtung, durch deren Anwendung bei Dampfmaschinen eine große Ersparniß an Brennmaterial Statt finde. — Laibach am 28. Juli 1847.

In Ermanglung eines Gouverneurs:

Andreas Graf v. Hohenwart,
k. k. Hofrath.

Dr. Georg Mathias Sporer,
k. k. Subernialrath.

3. 1395. (1) ad Nr. 8708. Nr. 18118.

K u n d m a c h u n g

wegen Besetzung einer k. k. Bergraths- und Professors-Stelle an der k. k. Berg- und Forst-Akademie zu Schemnitz. — Zur Besetzung der, an der k. k. Berg- und Forstacademie zu Schemnitz erledigten Lehrkanzel der darstellenden Geometrie, Civil-Baukunde und des Zeichnungs-Unterrichtes wird neuerdings der Concurß ausge-

schrieben. — Mit dieser Professur ist der Genuß einer jährlichen Besoldung von Zwölfhundert Gulden, dann 36 Klaftern Brennholzes oder 90 fl., eines Centners Reinschlitt, oder 13 fl. 20 kr.; endlich einer Naturalwohnung oder 120 fl. Quartiergeld, so wie der Rang und Charakter eines k. k. wirklichen Bergrathes, die VIII. Diäten-Glasse und das Recht der Gradual-Vorrückung in die höhere Gehaltsstufe mit einer Besoldung jährl. 1500 fl., 36 Klafter Holz, 2 Centner Unschlitt und einem Naturalquartiere oder Quartiergelde von 150 fl. verbunden. — Der Concurß um diese Professors-Stelle wird in Wien vor einer Commission der k. k. Hofkammer im Münz- und Bergwesen am 31. Jänner 1848, und zu gleicher Zeit in Schemnitz vor dem dazu delegirten k. niederungarischen Oberstkammergrafen und Director der k. k. Berg- und Forstacademie, mit Zuziehung von Gremialgliedern des Oberstkammergrafenamtes und der Academie-Direction, in der für die Besetzung von Professors-Stellen höherer Lehranstalten vorgeschriebenen Weise, mit mündlicher und schriftlicher Prüfung der Concurrenten abgehalten werden. — Die Bewerber, welche sich diesem Concurse zu unterziehen gedenken, haben ihre mit den urkundlichen Nachweisungen über ihr Alter, ihren Geburtsort, Stand, Religion, und über ihre montanistischen und sonstigen Kenntnisse, und für das Lehrfach erforderlichen Eigenschaften belegten Gesuche, und zwar die bereits im k. k. Staatsdienste befindlichen Bewerber, im Wege ihrer vorgesetzten Behörden, spätestens drei Tage vor Abhaltung der Concurßprüfungen, entweder bei dem Einreichungs-Protocoll der k. k. Hofkammer im Münz- und Bergwesen, oder bei jenem des k. k. niederungarischen Oberstkammergrafenamtes einzureichen, und sich sodann zu der Concurßprüfung an jenem der beiden zur Wahl gegebenen Concurßsorte, welchen sie in ihrem Gesuche bezeichnet haben werden, zur festgesetzten Zeit einzufinden. Auch haben dieselben in ihren Gesuchen anzugeben und zu bemerken, ob, und im Befallungs-falle, mit Wem, und in welchem Grade sie mit einem an der obgenannten Lehranstalt Angestellten verwandt oder verschwägert seyen. — Uebrigens wird noch bemerkt, daß bei gleicher Befähigung auf jene Competenten vorzugsweise Rücksicht genommen werden wird, welche sich ausweisen können, die Bergcollegien an der k. k. Berg- und Forstacademie zu Schemnitz mit vorzüglichem Erfolge absolvirt zu haben. — Von der k. k. Hofkammer in Münz- und Bergwesen. — Wien am 10. Juli 1847.

3. 1391. (1) Nr. 6194 ad Nr. 19379.

K u n d m a c h u n g

wegen Herstellung des Stationsgebäudes zu Sava in Krain. — In Folge h. Hofkammerpräsidial-Decretes vom 30. Juli d. J., 3. 1503] E. P., wird die Herstellung des Stationsgebäudes zu Sava in Krain auf der südlichen Staatseisenbahnstrecke, mit einem beläufig auf 17796 fl. 47 kr. C. M. angeschlagenen Kostenaufwande, im Wege der öffentlichen Concurrenz durch Ueberreichung schriftlicher Offerte an den Mindestfordernden überlassen. — Denjenigen, welche diese Bauführung zu übernehmen beabsichtigen, wird Folgendes bekannt gegeben: 1. Die auf einen 15 kr. Stämpelbogen ausgefertigten Offerte müssen längstens bis 30. August d. J., Mittags um 12 Uhr, versiegelt und mit der Aufschrift: „Anbot zur Herstellung des Stationsgebäudes zu Sava“ versehen, bei der k. k. Generaldirection der Staatseisenbahnen in Wien, in der Herrngasse Nr. 27, eingebracht werden. — 2. Jedes Offert muß den Vor- und Zunamen des Offerenten und die Angabe seines Wohnortes enthalten. Der Nachlaß an den Einheitspreisen ist in Procenten, und zwar sowohl mit Ziffern als mit Buchstaben, anzugeben. Offerte, welche diesen Bedingungen nicht entsprechen, oder andere Bedingungen enthalten, werden nicht beachtet werden. — 3. Der Offerent, welcher seine persönliche Fähigkeit zur Ausführung von derlei Bauten bei den Staatseisenbahnen nicht bereits dargethan hat, muß diese Fähigkeit auf eine glaubwürdige Art nachweisen. Ferner hat derselbe ausdrücklich zu erklären, daß er die auf den Gegenstand dieser Kundmachung Bezug nehmenden Pläne, Voraußmaße, Preistabellen, allgemeine und besondere Baubedingnisse und die Baubeschreibung eingesehen, selbe wohl verstanden habe und sich genau darnach benehmen wolle, zu welchem Behufe er die erwähnten Documente noch vor der Ueberreichung des Offertes unterschrieben habe. Die gedachten Behelfe werden bei der Generaldirection für die Staatseisenbahnen zu Wien in den vormittägigen Amtsstunden von 8 bis 2 Uhr, dann bei der k. k. Civilbauleitung zu Gills zur Einsicht für die Offerenten bereit gehalten. — 4. Dem Offerte ist auch der Erlagsschein über das bei dem k. k. Universal-Cameralzahlamte in Wien, oder bei einem k. k. Provinzial-Cameralzahlamte erlegte Badium mit 5% von der nach Abzug des Procenten-Nachlasses sich ergebenden Bausumme beizuschließen. — Das Badium kann übrigens in Bairem, oder in hiezu gesetzlich geeigneten österreichischen Staatspapieren nach dem Börsenwerthe des

dem Erlagstage vorausgehenden Tages (mit Ausnahme der nur im Nennwerthe annehmbaren Obligationen der Verlosungsanleihen von den Jahren 1834 und 1839) bestehen. Auch können zu diesem Behufe gehörig nach dem Sinne des §. 1374 des a. b. G. B. versicherte hypothekarische Verschreibungen beigebracht werden, welche jedoch vorher in Beziehung auf ihre Annehmbarkeit von der k. k. Hof- und niederösterreichischen, oder einer Provinzial-Kammerprocuratur geprüft und anstandslos befunden worden seyn müssen. — 5 Die Entscheidung über die Concurrenzverhandlung wird von dem hohen Präsidium der k. k. allgemeinen Hofkammer nach Maßgabe der Annehmbarkeit der Offerte und der Vertrauenswürdigkeit des Offerenten erfolgen. Bis zu dieser Entscheidung bleibt jeder Offerent vom Tage des überreichten Angebotes für dasselbe, so wie auch dazu rechtlich verbunden, im Falle, als sein Anbot angenommen wird, den Vertrag hiernach abzuschließen. — 6. Das Badium des angenommenen Angebotes wird als Caution zurückbehalten werden, wenn der Unternehmer nicht etwa, was ihm gegen besonderes Einschreiten freisteht, die Caution in anderer gesetzlich zulässiger Art bestellen will. — Die Badien der nicht angenommenen Angebote werden sogleich zurückgestellt werden. — Von der k. k. Generaldirection der Staatseisenbahnen. Wien am 3. August 1847.

Stadt- u. landrechtl. Verlautbarungen.

3. 1390. (1) Nr. 366. ad Nr. 6922.

Vom Magistrate der Stadt Turnau, Bunzlauer Kreises in Böhmen, wird bekannt gemacht: Es habe die am 16. April 1846 zu Turnau verstorbene Oberamtmannsmitwe, Barbara Ziegprosser, geborne Rieger, in ihrem Testamente vom 27. April 1845, den Kindern nach ihrem verstorbenen Bruder, Anton Rieger, ein Legat von 6000 fl. C. M. zu gleichen Theilen vermacht, unter welche auch Vincenz Rieger, gewesener k. k. Districtsförster in Laibach, und da derselbe verstorben seyn soll, seine Kinder, deren Aufenthaltsort unbekannt ist, gehören.

Diese unbekannten Legatäre, oder ihre Erben, werden aufgefordert, sich binnen einer Frist von einem Jahre und 6 Wochen, d. i. bis 30. August 1848, hiergerichts anzumelden und ihre Erbsansprüche auszuweisen, als sonst das Abhandlungsgeschäft mit den anwesenden und sich gehörig ausweisenden Erben gepflogen, und denselben die Legate eingewantwortet werden würden.

Gegeben am 4. Mai 1847.

3. 1359. (3)

E d i c t.

Nr. 6896.

Von dem k. k. Stadt- und Landrechte in Krain wird bekannt gemacht: Es sey über Ansuchen der Maria Nadl, verehelicht gewesenen Jäger, als erklärten Erbinn, zur Erforschung der Schuldenlast nach dem am 13. Juni l. J. hier verstorbenen k. k. Finanzwachcommissär, Anton Jäger, die Tagsatzung auf den 30. August d. J. Vormittags um 9 Uhr vor diesem k. k. Stadt- und Landrechte bestimmt worden, bei welcher alle Jene, welche an diesen Verlaß aus was immer für einem Rechtsgrunde Anspruch zu stellen vermeinen, solchen so gewiß anmelden und rechtsgeltend darthun sollen, widrigens sie die Folgen des §. 814 b. G. B. sich selbst zuzuschreiben haben werden.

Laibach am 27. Juli 1847.

Aemtlliche Verlautbarungen.

3. 1389. (2)

Nr. 7205 VIII.

K u n d m a c h u n g.

Von der k. k. Cameral-Bezirks-Verwaltung in Laibach wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß entweder auf ein Jahr, d. i.: vom 1. November 1847 bis letzten October 1848, oder auf zwei Jahre, d. i.: vom 1. November 1847 bis letzten October 1849, oder auf drei Jahre, d. i.: vom 1. November 1847 bis letzten October 1850, für den Mauthbezug an der Brückenmauthstation Eschernutsch mit dem Ausrufspreise von jährlichen zehntausend fünf Gulden M. M., eine dritte Versteigerung am 31. August 1847 um 9 Uhr Vormittags hieramts auf Grundlage der in der allgemeinen Kundmachung der Weg-, Brücken- und Mauthverpachtungen ddo. 16. Juni 1847, 3. ^{5899/805} enthaltenen Bestimmungen werde abgehalten werden. — Hiezu werden die Pachtlustigen mit dem Beisatze eingeladen, daß die Licitationsbedingungen hieramts eingesehen werden können, und daß die schriftlichen gestämpelten Offerte, mit dem vorgeschriebenen Badium belegt, längstens bis 30. August 1847 hieramts eingebracht werden müssen. — K. K. Cameral-Bezirks-Verwaltung. — Laibach am 5. August 1847.

3. 1388. (2)

Nr. 604.

Straßenbau = Licitations = Kundmachung.

Nachdem bei der abgehaltenen zweiten Minuendo-Versteigerung über die mit hohem Gubernial-Decrete ddo. 3. Juli 1847, 3. 12,485, bewilligte Reconstruction der Sadnik-Brücke an der Fiumaner-Straße, zwischen Distanzzeichen

Oj 10-11, im Fiskalbetrage von 1621 fl. 54 kr. G. M., abermals kein günstiges Resultat erzielt wurde, so wird hierüber eine dritte Licitation bei dem k. k. Bezirkscommissariate zu Adelsberg auf den 16. August l. J. Vormittags von 9 bis 12 Uhr mit dem Beisatze ausgeschrieben, daß der Bauplan, die Baubeschreibung und die Versteigerungsbedingungen, welche den Licitationstheilnehmern den baren Erlag des 5% Badiums, dem Erstehet aber die Leistung der 10% Caution und eine einjährige Haftungszeit vorschreiben, vorläufig hierorts, am Licitationstage hingegen bei dem genannten Bezirkscommissariate eingesehen werden können. Schriftliche Offerte werden nur dann angenommen, wenn sie der Vorschrift und den Bedingungen gemäß verfaßt sind, überdies das bedungene Badium enthalten, und noch vor dem Beginne der Versteigerung einslangen. — K. K. Straßen-Commissariat Adelsberg am 6. August 1847.

3. 1356. (3)

Nr. 572.

Licitations = Ankündigung.

Zu Folge hohen Gubernial-Decretes vom 17. Juli 1847, 3. 15580, wird hinsichtlich der Conservations-Bauherstellungen an dem ararischen Einräumershaufe am Garzhareuzberge, die Minuendoversteigerung bei der löblichen Bezirksobrigkeit Haasberg am 11. d. M. Vormittags von 9 bis 12 Uhr abgehalten werden. — Ueber diese im buchhalterisch adjustirten Betrage pr. 207 fl. 29 kr. G. M. bewilligten Conservationen sind die Licitationsbedingungen und die Baudevis hieramts, am Licitationstage hingegen bei der benannten Bezirksobrigkeit einzusehen.

K. K. Straßen-Commissariat Adelsberg am 2. August 1847.

3. 1383. (2)

Nr. 3119 865.

Holzlieferungs = Licitation

Am 18. d. M. Vormittag wird in der Amtskanzlei des k. k. Hauptzoll- und Gefällens-Oberamtes eine abermalige Versteigerung zur Deckung des Holzbedarfes dieses Oberamtes, im Winter von 1847-1848, und zwar mit Annahme des Ausrufspreises von 4 fl. 46 kr. pr. Wiener Klafter, abgehalten werden, wozu diejenigen, welche diese Lieferung zu übernehmen wünschen, mit dem Beisatze eingeladen werden, daß sich der Bedarf auf 47 1/2 Klafter zwei- und zwanzigzölligen ungeschwemmten Buchenholzes erstreckt, und daß die Licitationsbedingungen hieramts eingesehen werden können. — K. K. Hauptzoll- und Gefällens-Oberamt. Laibach am 9. August 1847.